

# Vossische



# Zeitung

15 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zweimal, die Postausgabe in vergrößertem Umfang sechsmal (Montag- und Abendblatt vereinigt), Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder“ sonstige Beilagen: „Munkblatt“, „Recht und Leben“, „Umschau in Wissenschaft und Wirtschaft“ — „Für Reise und Wanderung“ — „Literarische Umschau“.

Wöchentlich 1. Mark, monatlich 4.30 Mark in Berlin und Oran mit eigener Zustellung. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigenpreise in Goldmark, mm-Zeile 25 Pfennig, Familien-Anzeigen mm-Zeile 15 Pfennig. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummern.

Verlag Ullstein, Chiefredakteur Georg Bernhardt, Verlagsredakteur (m. A. und Handlungsbil.) V. Dr. A. Graf Mautzellan, Berlin Unverl. Mannsk. w. anr. zutraglos, v. Porto bel.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Am Dönhofs 800-30.3, für den Fernverkehr Berlin Postchekkont. Berlin 660, Adresse: Ullsteinhaus, Berlin Postchekkont. Berlin 660.

## Die neue Ministerliste.

### Bainlevé-Briand-Loucheur-Cail্লাug.

Rechtstendenz der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 15. April.

In den letzten Wochenstunden wird in parlamentarischen Kreisen folgende Ministerliste als außerordentlich wahrscheinlich bezeichnet: Ministerpräsident und Ministerium des öffentlichen Unterrichts: Bainlevé; Vizepräsident: Renaux, Außenminister: Briand; Finanz: Cail্লাug, Krieg: General Nollet, Marine: General Chauvot oder de Kerargues, Inneres: Chaumet oder General Schames, Handel: Doumer, Landwirtschaftliche Arbeiten: Rabien, Kolonien: General Vinet, Posten: der Vizepräsident der Kammer Boussier, Arbeit: Beldier, Arbeit, Arbeit: Caval, Verkehr: der Präsident der Arbeiter-Kommission des Senats, Durand.

### De Monzies Sanierungsplan angenommen.

Rechtstendenz der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 15. April.

Die Kammerführung ist kurz nach 3 Uhr durch einen der Vizepräsidenten eröffnet worden. Die Ministerliste war leer. Der Präsident teilte mit, daß der Finanzaußschuß gegenwärtig die Vorlage über die Genehmigung des Abkommens zwischen dem Finanzministerium und der Bank von Frankreich prüft. Der Präsident fügte hinzu, daß die Sitzung bis 4 Uhr zu vertagen. Die Kammer beschloß entsprechend.

Nach der Wiederöffnung der Sitzung beantragte der bisherige Finanzminister de Monzies die sofortige Erörterung der Sanierungsvorlage. Der oppositionelle Abgeordnete Louis Marin protestierte gegen eine beantragte Diskussion, weil seine Regierung vorhanden sei. (Beifall bei der Opposition.) Briand wies unter diesem Vorwand die Äußerung des Ausschusses des oppositionellen Abkommens zurück und erklärte es für patriotische Pflicht des Parlamentes, trotz der Regierungstätigkeit die Vorlage zu erörtern.

Die Kammer beschloß mit 388 gegen 104 Stimmen, in die Erörterung der Vorlage einzutreten. Der Generaldirektor der Finanzen erklärte, daß der Ausschuß angefangen der Dringlichkeit der Lage der Bank von Frankreich für den Augenblick darauf verzichten müßte, einen Gesetzentwurf für die Sanierung zu unterbreiten.

Nach der Rede des Generaldirektors trat der Kommunistenführer Gachin in die Erklärung ab, daß seine Partei gegen die Vorlage stimmen wird, weil diese Vorlage die offizielle Anerkennung der Inflation bedeutet.

Barrene erklärte nach dem Namen der sozialistischen Partei, daß die Sozialisten sich der Zustimmung enthalten werden, weil sie keine Inflation ohne sofortige Deckung ablehnen.

Die Generaldiskussion wird für geschlossen erklärt. Die Kammer nimmt über den Abwegungsplan Erörterung des nächsten Artikels der Vorlage ab. Die Sozialisten und die Opposition lehnen die Stimme enthalten, werden nur 275 Stimmzettel abgegeben. Die Abstimmung wird für unglücklich erklärt, weil das Quorum nicht erreicht ist, d. h. weil nicht die Hälfte der Abgeordneten plus einen abgestimmt habe, was das Reglement der Kammer so vorschreibt.

Die Sitzung wird nach 7 Uhr aufgehoben und eine neue Sitzung für 7½ einberufen. Nach Wiederanfrage der neuen Sitzung beschloß die Kammer mit 330 gegen 27 Stimmen, den Abwegungsplan zur Weitererörterung. Die Opposition hat sich auch diesmal der Zustimmung enthalten.

Die aus einem Artikel bestehende Vorlage, welche die persönliche Haftung der Bankvorstände an den Staat von 25 auf 20 Milliarden unter gleichzeitiger Verbessehung der Emmissionsgrenze für Papiergeld von 41 auf 45 Milliarden vorschlägt und die Regelung der Rückzahlung des Wechselvertrauens von 4 Milliarden für ein später einbringendes Gesetz vorschreibt, wird wegen eines Zufallstodes an den Finanzaußschuß zurückverwiesen. Der Ausschuß nimmt diesen Zufallstode, nach welchem die parlamentarische Abstimmung zu dem Zweck nur bis zum 16. Juli d. J. gültig sein soll, mit 12 gegen 10 Stimmen an.

Die Kammerführung, die während der Ausführlungen auf neue unterbrochen war, wird dann fortgesetzt. Nach einer Rede des Berichterstatters Boleto, den der Finanzminister de Monzies kräftig unterstützte, um zu betonen, daß die Regelung der Lage der Bank von Frankreich das dringendste Problem der Stunde darstelle, wurde der einzige Artikel der Vorlage mit 325 gegen 25 Stimmen angenommen. Die gesamte Opposition hat sich der Stimme enthalten, und die Kommunisten haben dagegen gestimmt. Die Sitzung wurde dann bis 11 Uhr nachts suspendiert.

### Keine Sozialisten im Kabinett.

Rechtstendenz der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 15. April.

Der Gesamtvorstand der sozialistischen Partei hat heute nachmittags einstimmig beschlossen, an der auf dem heutigen Parteitag mit großer Mehrheit angenommenen Stellungnahme festzuhalten. Das heißt, die Partei unterstützt ein vom Einzelartikel gebildetes Kabinett, ohne aber sonst Vertreter in das Kabinett zu entsenden.

Diesem Beschluß ging eine etwa dreißigköpfige Delegation voraus, in der zunächst Cesar Bium über die Unterbrechung der sozialistischen Delegationen mit Bainlevé Bericht erstattete. Bium betonte, daß die Frage, ob die Sozialisten evtl. Vertreter in das neue Kabinett entsenden, während dieser Unterbrechung überhaupt nicht aufgeworfen wurde. Er empfand sich schließlich eine ziemlich lebhaft wiederholte Zustimmung gegen Bium, der nach wie vor gegen die Regierungsbildung ist, und den Forderungen der Regierungsbildung vom rechten Flügel, besonders Barrene, Paul Boncour und Vincent Auried, welcher den fortgesetzten Bericht der Partei auf die Regierungsbildung als schmerzlichen Fehler bezeichnete.

Nach einer neuen Rede Cesar Biums nahm der Vorstand die Entschlossenheit an, welche das Festhalten an der bisherigen Regierungspolitik ohne aktive Beteiligung an der Regierung vertritt, und einen Gesetzentwurf mit der Aufgabe betonte, die Zeitung der Partei in einem Parteitag vor dem Ende zu begründen.

### Die Senatlinie für Bainlevé.

Rechtstendenz der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 15. April.

Die Linie des Senats hat heute eine Fraktionsberatung abgehalten, in welcher folgende Entschlossenheit einstimmig angenommen wurde: Die senatorische Linie vertritt Herrn Bainlevé ihrer Sympathie, weil er in der gegenwärtigen schwierigen Lage die Kabinettsbildung übernommen hat, um die Einkämpfung, für welche das Land sich am 11. Mai ausgesprochen hat, fortzusetzen.

### Marshall Joche Bericht.

Rechtstendenz der „Vossischen Zeitung“.

Paris, 15. April.

Der Rapport des Marschalls Joche über die Einmischung Deutschlands, der die von der Vossischen Zeitung verlangte „Reaktion“ enthält, ist heute dem Sekretariat der Vossischen Zeitung zugegangen. Das Dokument umfaßt einen ein rechtlichen Teil von 44 Sachverhaltsstellen und eine kurze Einleitung, welche ein Exposé über die Frage enthält. Das Datum der nächsten Sitzung der Vossischen Zeitung ist noch nicht festgelegt.

### Ratowski bei Chamberlain.

Rechtstendenz der „Vossischen Zeitung“.

London, 15. April.

In Heston unterrichteten Kreise vernehmen, daß der russische Gesandte Ratowski in einer Unterredung mit dem Außenminister Chamberlain einen neuen Versuch gemacht hat, die Basis für die englisch-russischen Wirtschaftsverbindungen zu finden. Der englischer Seite sind diese Verbindungen mit Zurückhaltung aufgenommen worden, weil die russischen Unternehmungen bisher kontroverse Schwierigkeiten mit der englischen Seite der Wirtschaftsförderung der Sowjets vertrieben und weil man von englischer Seite auch eine amerikanische Initiative in Bezug auf eine wirtschaftspolitische Annäherung an Sowjetland abwarten möchte.

## Gepräche über die Präsidentenwahl.

von Wilhelm Heil.

Der Vossische Parteier: Als Oberherr kann ich nicht denken. Ich bin, daß der Zentrumspartei Vorschlag, Reichspräsident zu werden. Der Demokrat: Soll das ein Grundlag sein, oder richtet sich das gegen die Person?

Der Vossische Parteier: Nicht gegen die Person. Die ist unantastbar. Aber das Spritzen, das Marx verteidigt, darf nicht vom Reichspräsidenten verteidigt werden.

Der Demokrat: Soll das ein Grundlag sein, oder richtet sich das gegen die Person? Ich bin doch nicht unantastbar, wenn ich mich dagegen wehre, daß die Unantastbarkeit führen wird.

Der Demokrat: Du übertriebst, wenn du damit die Zentrumspartei meinst, die doch auch Herrschaft die Zurechnung auf ihre Schulden geübt hat. Und von Marx, persönlich ist es allgemein bekannt, daß es diesem durch und durch gerechten, vornehmen und wortreife Mann mit der Diszipliniertheit erst ist.

Der Vossische Parteier: Aber er bleibt doch der Zentrumspartei, das heißt der früher katholischen Zentrumspartei. Und als solcher darf er nicht geübt werden. Soll das nicht gelten, was Müller-Meinungen hat? Der ist doch ein Demokrat, nicht liberaler Mann wird also unantastbar sein.

Der Demokrat: Ganz und gar nicht. Die Beratung auf das Ergebnis eines in allen Kulturkämpfern wie Müller-Meinungen einer ist, bewacht nur, daß ihr auf freies und selbständigem Wege liegt.

Der Vossische Parteier: Wenn du das liberale Argument nicht anerkennst, so solltest du wenigstens das demokratische nicht verweigern. Soll das überlegen protestantische Deutschland sich von der katholischen Minorität beherrschen lassen?

Der Demokrat: Du hast die Frage falsch. Nicht der Reichspräsident, sondern der deutsche Reichstag hat die Wahl. Und wegen seiner Beziehung als Reichspräsident, der republikanische und Demokrat führt, wie die Wahl begeben wird, hinter ihm die große Mehrheit der Nation.

Der Vossische Parteier: Wie willst du mich in dieser Beziehung die volle Überlieferung der Reichspräsidentenzeit erklären? Das nur je doch der tiefere Sinn des langen Kampfes zwischen Oberbürger und Unterbürger, daß Republikanismus und Protestantismus die in Führung in Deutschland rangen. Und darin spielte letzten Endes auch die Bismarcksche Lösung der deutschen Frage, daß die deutsche Schwermereit endlich in den westlichen Welt zu überwiegen.

Der Demokrat: Bismarcks hat nicht geübt, sondern die den Zentrum, das schon in den einzelnen Ländern infolge der katholischen Geschlossenheit so harte Oppositionen hat, nun auch das höchste Reichspräsident ansetzen?

Der Demokrat: Freilich nicht, es weder eine katholische noch eine protestantische, sondern nur eine deutsche Sache des deutschen Staatsobers. Die von dir so befragte katholische Geschlossenheit ist ja zum großen Teil erst die Folge des alten national-liberalen Erbes vom protestantischen Reformtum und des Bismarckschen Kulturkampfes.

Die Bismarcksche Lösung in neuen Formen macht man sich oft in den westlichen Welt zu überwiegen. Bismarck hat die konfessionelle Spaltung unserer Völkern nicht belegen als ich, aber ich habe aus der Erfahrung die Konsequenzen, daß es die Aufgabe der Politik ist, den ererbten Gegenstand zu widerstehen und über die bestehende Staat möglichst viele Vorteile zu schlagen.

Der Vossische Parteier: Aber bist du denn blind? Siehst du denn nicht, wie groß die Gefahr für die in sich so getriebenen Protestantismus ist? Kannst du dir die moderne deutsche Kultur ohne Luther, und die Reformations überhaupt denken? Und dieses Gerede, daß die Kampfes preisen, ja, selbst Mittel, daß es ja gerade nicht ist.

Der Demokrat: Nein. Das wollen wir nicht. Wir wollen es erhalten und plebiszieren fortenthalten. Das heißt es keines Schwanes, keine Bekämpfung, keine Entwertung. Im Gegenteil: Das protestantische Ideal, das Wohl der Freiheit, kann nur in einer Atmosphäre der Freiheit gedeihen.

Der Vossische Parteier: Aber du behauptest, daß die deutsche Staat den Zentren der Freiheit auch in der deutschen Zentrum spricht ja viel von Freiheit, aber die katholische Reichspräsident nicht zu, daß sie frei ist, so lange sie nicht herrscht.

Der Demokrat: Was folgt daraus? Das niemals ein Katholik an der Spitze des Reiches stehen darf? Was wäre doch Bahnhofs, denn das heißt, die erste Stellung des Reiches. Die von 1806, die du schon im gleichen Sinn angewendet hast, durch eine zweite, viel größere ergänzen, diese den ganzen Westen und Süden nicht bloß durchzuführen, sondern geradezu abfügen.